



## 4. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 2024

### **Jugendparlament beschließt Smartphoneverbot an Schulen**

Umfassende Debatte in der Plenarsitzung

Wien (PK) – Das Jugendparlament hat am 29. November mehrheitlich ein Smartphoneverbot an Schulen beschlossen. Vorgesehen sind unterschiedliche Regeln je nach Schulstufe sowie abgestufte Strafen, wenn Schüler:innen gegen das Verbot verstoßen.

In der Debatte im Nationalratssaal des Parlaments in Wien legten die Abgeordneten ihre Standpunkte dar. Sie brachten zudem weitere Forderungen zum Umgang mit digitalen Geräten an Schulen ein.

### **Unterschiedliche Regeln je nach Schulstufe**

Smartphones, Smartwatches und ähnliche Geräte sind künftig in der Volksschule verboten. Von der fünften bis zur achten Schulstufe sind derartige Geräte während des Unterrichts verboten, in den Pausen und Freistunden aber erlaubt. Ab der neunten Schulstufe dürfen Schüler:innen ihre Smartphones grundsätzlich verwenden, solange sie den Unterricht damit nicht stören.

Bei Verstößen gegen das Verbot sind in der Volksschule Gespräche mit den Erziehungsberechtigten vorgesehen. Aber der fünften Schulstufe soll es Klassenbucheinträge und ab drei Einträgen ebenfalls ein Gespräch mit den Eltern geben. Bei weiteren Verstößen müssen Schüler:innen Sozialstunden an der Schule leisten.

Die Klubs Orange, Weiß und Gelb stimmten im Plenum für die Änderung des Schulunterrichtsgesetzes, die somit mehrheitlich beschlossen wurde. Berichterstatter Janik Haslinger (Orange) legte dar, dass ein gänzlichliches Smartphoneverbot, wie es die Regierung ursprünglich vorgeschlagen hatte, auf Kritik gestoßen war. Die Klubs Orange und Weiß haben den Vorschlag deshalb umfassend abgeändert.

### **Abgeordnete berichten über Standpunkte und Zusammenarbeit**

Ivona Markovic (Orange) zeigte sich zufrieden über die Koalition mit dem Klub Weiß. Auch Jakob Buchberger und Michael Kim (beide Weiß) berichteten über eine gute

Zusammenarbeit. "Wir kamen, wir koalitierten, wir siegten", fasste Felix Forstner (Orange) für seinen Klub zusammen. Mit der vorgeschlagenen Änderung gehe man in der digitalen Entwicklung nach vorne und nicht nach hinten.

Freiheit und Toleranz seien die Grundwerte seines Klubs, erläuterte Jin Hongyu von den Weißen. Der gemeinsam verhandelte Abänderungsantrag spiegle mehr Freiheit und eine tolerante Fehlerkultur wider. Sarah Anna Fischer (Weiß) plädierte ebenfalls für Eigenverantwortung.

Mona Putschögl (Gelb) legte dar, dass ihr Klub ähnliche Ansätze wie der Klub Weiß habe, aber keine Koalition zustande gekommen sei. Weil man das gleiche Ziel verfolge, mache das aber wenig aus. Auch Isabella Forsthuber und Katharina Perktold (beide Gelb) befürworteten die Regelungen. Maßnahme sollten immer verhältnismäßig sein, betonte ihre Klubkollegin Anja Pruscha. Schüler:innen müssten lernen, mit der Digitalisierung umzugehen, sagte Nadine Aigner (Gelb).

Vom Klub Violett erklärte Ivan Pavic, dass der Klub seine Verbesserungsvorschläge im Abänderungsantrag vermisst und daher nicht zustimmen kann.

### **Debatte über vorgesehene Regelungen für Smartphones an Schulen**

Mobilgeräte werden immer wichtiger, sagte Noris Reindl (Orange). Deshalb sei seinem Klub wichtig, sie nicht zu verbieten. Man solle mit der Entwicklung gehen und nicht dagegen ankämpfen, meinte er. Seine Klubkolleginnen Ciara Nussbaumer und Juliana Reisinger erläuterten die verhandelten Regeln für die unterschiedlichen Schulstufen.

Alicia Krenninger (Weiß) betonte, sie stehe für die Freiheit des Einzelnen. In der ersten bis vierten Schulstufe sei ein Verbot von Smartphones notwendig. Ab der neunten Schulstufe setze man aber auf Eigenverantwortung, erläuterte Helena Mertl (Weiß).

Vom Klub Gelb fand Sanja Markovic es schade, dass Schulveranstaltungen nicht generell vom Verbot ausgenommen werden. Sie fand die Regelung dennoch wichtig und warb um Zustimmung. Erfreut über den gefundenen Kompromiss zeigte sich Daniela Ortner (Gelb).

Josef Schlatte (Violett) äußerte Kritik an den vorgesehenen Sozialleistungen. Schüler:innen hätten damit weniger Zeit zum Lernen, sagte er. Arabella Haidinger (Violett) schlug vor, statt Elterngesprächen in der Volksschule Schulungen anzubieten. Lily Emma Jahn (Violett) war dafür, dass ein Smartphoneverbot in der fünften bis achten Schulstufe schulautonom geregelt werden soll. Auch ihr Klubkollege Paul Reiter fand, die Regelung sei besser dem jeweiligen Schulgemeinschaftsausschuss überlassen, da Schulen stark unterschiedlich seien.

### **Weitere Forderungen rund um digitale Geräte**

Zum Schluss der Sitzung brachten die Abgeordneten noch weitere Vorschläge im Zusammenhang mit digitalen Geräten an Schulen ein. Jakob Klausberger (Gelb) fand

es wichtig, dass auch Lehrende zukunftsrelevante Fertigkeiten erwerben. Er brachte deshalb einen Entschließungsantrag ein, mit dem er ein Ausbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich digitaler Kompetenzen forderte. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Felix Forstner (Orange) wünschte sich ein Mitspracherecht der Schüler:innen bei der Auswahl von Schulgeräten. Sein Entschließungsantrag fand aber keine Mehrheit und wurde daher abgelehnt.

Zustimmung gab es hingegen für einen Entschließungsantrag von Angelina Höfer (Weiß). Sie trat damit für verpflichtende Fortbildungen im Bereich Medienkompetenz für Lehrpersonen ein. Schüler:innen sollten einmal pro Monat über einen verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien unterrichtet werden, forderte Höfer.

Jana Zimmerbauer (Gelb) forderte mit einem Entschließungsantrag, den Einsatz von digitalen Elementen im Schulunterricht zu fördern. "Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten, wir müssen daher lernen, sie richtig einzusetzen", sagte sie. Ihr Antrag wurde mehrheitlich angenommen. (Schluss) kar